



Regionale Disparitäten und ihre Auswirkungen auf die Zufriedenheit mit Staat und Demokratie in Niedersachsen





Inhalt

1. Einleitung	3
2. Methode.....	4
3. Stimmung in Niedersachsen	7
4. Wahrnehmung Politik	11
5. Themen	14
6. Fazit.....	24

Regionale Disparitäten und ihre Auswirkungen auf die Zufriedenheit mit Staat und Demokratie in Niedersachsen

Impressum:

© Friedrich-Ebert-Stiftung

Herausgeber:

Friedrich-Ebert-Stiftung
Landesbüro Niedersachsen
Theaterstraße 3
30159 Hannover
Telefon: 0511 357708 -30
Internet: www.fes.de/niedersachsen
E-Mail: niedersachsen@fes.de

Verantwortlich:

Stephan Meuser

Autorinnen:

Jana Faus und Andrina Jurrat
pollytix strategic research gmbh
Dolziger Straße 7 10247 Berlin

Layout:

Pellens Kommunikationsdesign GmbH, Bonn

Fotos und Illustrationen:

Titellllustration: Qvasimodo, melitas/iStockphoto.de
Umschlag innen Karte: AdobeStock vorm. Fotolia
Seite 2: Colorlife/Shutterstock.de
Rückseite: Rudzhan Nagiev/iStockphoto.de

Druck:

BWH GmbH, Hannover

Printed in Germany 2020

ISBN: 978-3-96250-772-5



1. Einleitung

Die Friedrich-Ebert-Stiftung setzt sich in Deutschland und weltweit für eine freie und solidarische Gesellschaft mit gleicher politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Teilhabe ein. Aus diesem Grund werden in ihren empirischen Studien die sozialen und wirtschaftlichen Lebensbedingungen der Bevölkerung genauer betrachtet, um zu untersuchen, wie diese Einfluss auf die Wahrnehmung der politischen Landschaft und des demokratischen Systems nehmen.

In dieser neuen Studie soll nicht in ganz Deutschland, sondern gezielt auf Landesebene geforscht werden. Die letzte Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, die sich dezidiert mit Niedersachsen beschäftigte, stammt aus dem Jahre 2017 (Faus & Steppat 2017) und liegt damit bereits einige Zeit zurück. Innerhalb der letzten Jahre hat sich viel bewegt, alleine durch die jüngste von der Covid-19-Pandemie ausgelöste (Wirtschafts-)Krise. Aus diesem Grund ist eine erneute Untersuchung von Niedersachsen mit Fokus auf die Zufriedenheit mit Staat und Demokratie lohnenswert.

Deutschland ging es zwar im Jahre 2019, also vor der Pandemie, im internationalen Vergleich gut. Dies zeigten Indikatoren wie sinkende Arbeitslosigkeit, innovative Industrien und Wachstumsraten. Jedoch bewies bereits der Sozioökonomische Disparitätenbericht der Friedrich-Ebert-Stiftung (Fink, Hennicke & Tiemann 2019a), dass nicht alle Regionen von dem wirtschaftlichen Wachstum gleichermaßen profitierten; im Gegenteil: Ungleichheiten hatten sich sogar verfestigt. Insbesondere Niedersachsen wies als sehr heterogenes Bundesland zahlreiche regionale Disparitäten auf.

Niedersachsen steht daher aktuell vor sehr unterschiedlichen häufig regional-spezifischen Herausforderungen, wie sich auch in den vorangegangenen Untersuchungen für folgende Bereiche zeigte:

- Zusammenleben und Zusammenhalt
- Wirtschaft & Arbeit
- Infrastruktur, Mobilität & Digitalisierung
- Wohnraum
- Bildung & Kinderbetreuung
- Klima- & Umweltschutz sowie Landwirtschaft

Niedersachsen ist ein relativ dünn besiedeltes Bundesland. Regionalisierte Bevölkerungsvorausrechnungen gehen davon aus, dass die Bevölkerung in Niedersachsen in der Zukunft aufgrund des Geburtendefizits weiter abnehmen wird. Weiterhin wird die Bevölkerung im Schnitt altern, das heißt, dass sich der Anteil der älteren Altersgruppen über 65 Jahren erhöht (Eberhardt 2019: 495). Allerdings ist davon auszugehen, dass die Entwicklung regional unterschiedlich ausfallen wird: So wird im Hamburger Umland und einigen Großstädten wie Hannover oder Braunschweig sogar eine Bevölkerungszunahme erwartet, in einigen Regionen vor allem im Süden und Osten sowie an der Küste geht der Trend hingegen in die andere Richtung (Internetauftritt des Landes Niedersachsen). Vor dem Hintergrund der Bevölkerungsvorausrechnung ist anzunehmen, dass sich die genannten regionalen Disparitäten weiter zuspitzen werden.

Aus diesem Grund wird die vorliegende Studie sich die oben genannten Herausforderungen, deren Deutung und das Problembewusstsein genauer anschauen. Darüber hinaus wird die aktuelle Stimmungslage in Niedersachsen eingefangen: Was bewegt die Menschen im Krisenjahr 2020 und wie sieht der jeweilige Blick in die Zukunft aus? Diesen Leitfragen wird in einem qualitativen Forschungssetting genauer nachgegangen, um dadurch Rückschlüsse auf die Zufriedenheit der niedersächsischen Bürger_innen ziehen zu können.

2. Methode

Fokusgruppen

Für die Studie wurde mit Fokusgruppen ein explorativer qualitativer Forschungsansatz gewählt. Fokusgruppen sind Gruppendiskussionen, die durch professionelle Moderation auf ein bestimmtes Thema „fokussieren“. Zugleich wurde durch einen Leitfaden sichergestellt, dass die zentralen Fragestellungen zur Sprache kommen, die dem Forschungsinteresse zugrunde liegen. Durch Fokusgruppen werden Diskussionen simuliert, wie sie täglich millionenfach in Deutschland geführt werden. Diese Methode wurde gewählt, um sowohl ein Verständnis für die unterschiedlichen Lebensrealitäten in Niedersachsen zu entwickeln, als auch die gelebten Erfahrungen der Bürger_innen sowie deren Wahrnehmung von gesellschaftspolitischen Thematiken auffangen zu können.

Da Themen wie die eigene Lebensrealität, Zukunftseinschätzungen, Ängste und Sorgen, Hoffnungen und Erwartungen sowie gesellschaftspolitische Fragestellungen und Themenfelder stark in einen sozialen Kontext eingebettet sind, liegt es nahe, diese auch in einem sozialen Setting zu untersuchen. Deshalb wurden für die Studie sechs zweistündige Fokusgruppen mit je acht in Niedersachsen wahlberechtigten Personen durchgeführt. Die Fokusgruppen-Interviews fanden zwischen dem 7. und dem 16. September 2020 an sechs verschiedenen Standorten statt.

Auswahl der Standorte

Um die geografische Diversität des Bundeslands abzubilden, fand jede Fokusgruppe in einer anderen niedersächsischen Region statt.

Die Auswahl der Standorte sollte das Bundesland möglichst in seiner Breite abbilden und die unterschiedlichen regionalen Mentalitäten einfangen: Es wurden Fokusgruppen mit Menschen aus Osnabrück, Braunschweig, Hannover, Göttingen, Lüneburg und an der Nordseeküste um die Landkreise Aurich, Leer und Friesland durchgeführt (siehe Abbildung 1 auf Seite 5). Dabei wurden die Teilnehmenden jeweils aus der Stadt oder dem ländlichen Umland rekrutiert, um beide Sichtweisen repräsentieren zu können.

In Niedersachsen gibt es nicht nur große Ungleichheiten zwischen den Städten und dem Land, auch industriell ist das Bundesland sehr unterschiedlich geprägt: einerseits gibt es die ortsansässige Automobilindustrie, andererseits Regionen mit starker Agrarindustrie, dann die touristisch geprägte Nordseeküste und schließlich strukturell eher benachteiligte Regionen im ländlichen Raum in Südniedersachsen. Darüber hinaus hat Niedersachsen auch mit dem Strukturwandel zu kämpfen. Nicht nur die Dekarbonisierung, sondern auch die Digitalisierung wird die Beschäftigten in Industrie und Wirtschaft vor große Herausforderungen stellen.

Abbildung 1: **Auswahl der Standorte**

Quelle: Eigene Darstellung.

Deshalb erfolgte die Auswahl der Standorte zusätzlich zu einer rein geografisch begründeten Auswahl anhand von drei Indikatoren, um die unterschiedlichen Perspektiven des Bundeslandes einzufangen: Arbeitslosigkeit, Einkommen und Raumtyp (siehe Abbildung 2).

Repräsentation sozio-demografischer und -ökonomischer Diversität

Ziel qualitativer Forschung ist es, über Einzelfallbeschreibungen hinauszugehen, jedoch keine bevölkerungsrepräsentativen Aussagen zu treffen. Der Auswahl der einzelnen Teilnehmenden kommt daher eine tragende Rolle zu, vor allem da durch die sehr intensive und nicht-standardisierte Befragungstechnik nur begrenzte Fallzahlen realisierbar sind.

Methodisch kann man unterscheiden zwischen einer Zufallsauswahl und einer Quotenauswahl. Für die vorliegende Studie wurde eine Quotenauswahl getroffen. Es wurde also eine bewusste Auswahl mit sogenannten weichen Quoten pro Standort vorgenommen, um eine gute soziodemografische und -ökonomische Mischung über die Kategorien Alter, Geschlecht, Bildung, Einkommen, Berufstätigkeit und Familienkonstellation (mit oder ohne Kindern unter 18 Jahren im Haushalt) abzubilden (Abbildung 3).

Es ist nicht sinnvoll, eine Zufallsauswahl zu treffen, weil die Fallzahl von $n=45$ keine inferenzstatistischen Verfahren ermöglicht und bei der kleinen Fallzahl der Stichprobenfehler so groß wäre, dass bestimmte Perspektiven in der Regel nicht repräsentiert würden.

Abbildung 2: **Relevante Indikatoren der Standorte**

Untersuchungsort	Indikatoren		
	Raumtyp ¹	Arbeitslosigkeit ¹	Durchschnittliches jährliches Haushaltseinkommen in Euro ¹
Landkreis Lüneburg	Dünn besiedelte ländliche Kreise	5,7%	19.905
Aurich	Ländliche Kreise mit Verdichtungsansätzen	6,8%	19.309
Region Hannover	Städtische Kreise	6,5%	20.742
Göttingen		5,9%	19.501
Osnabrück	Kreisfreie Stadt	5,8%	21.011
Braunschweig		4,0%	21.107

¹ Fink, Hennicke & Tiemann 2019b

Abbildung 3: **Übersicht Soziodemografie Teilnehmer_innen**

Geschlecht		Alter				Bildung			Einkommen ¹		
m	w	18–29	30–39	40–49	50–69	niedrig	mittel	hoch	niedrig	mittel	hoch
24	21	10	9	13	13	5	14	26	13	8	15

¹ Abweichungen in der Gesamtsumme ergeben sich aufgrund von verweigten Angaben.

3. Stimmung in Niedersachsen

Niedersachsen ist (strukturell) sehr unterschiedlich, aber vielfältig

Für die Teilnehmenden der Fokusgruppen gibt es nicht das „eine“ Niedersachsen. Auch verspüren die Niedersächs_innen keine konkrete Verbundenheit mit dem Bundesland, in dem sie leben, anders als vielleicht in Bayern oder Sachsen. Es handelt sich um ein Bundesland, das nicht den einen prägnanten Anknüpfungspunkt für seine Einwohner_innen hergibt. Das führt unter anderem dazu, dass das Bundesland als Ganzes nicht als sonderlich identitätsstiftend empfunden wird. So ist die Region um Emden beispielsweise finanziell um einiges schwächer gestellt (hier beträgt das durchschnittliche Haushaltseinkommen etwa 18.400€), als Wolfsburg, wo die Hauptzentrale von VW angesiedelt ist und das private Haushaltseinkommen bei 23.676€ liegt (Fink, Hennicke & Tiemann 2019b). Diese unterschiedlichen Wahrnehmungen der einzelnen Regionen in Niedersachsen betreffen aber nicht nur die (sozio)ökonomischen Voraussetzungen, sondern auch die landschaftlichen Gegebenheiten und die regionalen Gepflogenheiten: Die Küste Niedersachsens sei, so antworteten viele Teilnehmer_innen, nicht mit dem südniedersächsischen Bergland vergleichbar, selbst zwei Städten wie Lüneburg und Hannover werden nicht viele Gemeinsamkeiten attestiert.

“

*Niedersachsen ist z. B. Harz und Nordseeküste.
Ich kann somit Skifahren und Schwimmen.
(Göttingen)*

*Mit Niedersachsen verbinde ich an sich nichts,
mit Ostfriesland ja. ‚Niedersachsen erdverwachsen‘ – das ist das Einzige, was ich kenne.
(Nordseeküste)*

Was dann doch alle Fokusgruppenteilnehmer_innen mehr oder weniger mit Niedersachsen verbinden, ist die dort noch vorherrschende landwirtschaftliche Prägung und die überragende Bedeutung des Automobilkonzerns VW. Landwirt_innen und Automobilbauer_innen sind der kleinste gemeinsame Nenner für Niedersachsen. Darüber hinaus sagen ausnahmslos alle Teilnehmer_innen, dass ihre Stadt/Ort nicht typisch für Niedersachsen sei. „Typisch Niedersachsen“ und ein damit verbundenes Lebensgefühl gibt es demnach nicht.

Dennoch fühlen die Niedersächs_innen durchaus ein Zugehörigkeitsgefühl zu ihrer jeweiligen Region und heben dessen Besonderheiten hervor: In (Ost)Friesland gehöre Teetrinken zur Tagesordnung, aber Friesland und Ostfriesland seien in jedem Fall zu unterscheiden und würden ihre jeweiligen Eigenheiten haben. Die Hannoveraner_innen bezeichnen ihre Stadt selbstironisch als die „Stadt mit dem gewissen Nichts“, auch wenn sie schnell ergänzen, dass Hannover durchaus unterschätzt sei und die Nähe zur Natur sowie traditionelle Feste, wie das große Schützen- oder Maschseefest, die Stadt lebenswert machen. Die Osnabrücker_innen berichten vom jährlichen Steckenpferdreiten, bei dem alle Viertklässler_innen durch die Stadt reiten und an den Westfälischen Frieden von 1648 erinnern. All diese kleinen regionalen Traditionen und Gepflogenheiten werden zwar nicht direkt dem Bundesland Niedersachsen zugeschrieben, sind aber dennoch für sich genommen sehr identitätsstiftend.

Die Ergebnisse der Fokusgruppen decken sich mit der Feststellung von Albers (2019), dass die Niedersächs_innen sich selbst kaum als solche betrachten würden, vielmehr verorten diese ihre Identität kleinteiliger als eine regionale Identität. Auch die vorangegangene Niedersachsen-Studie hebt die regionale Identität hervor, die sich wie auch hier beschrieben in regionalen Traditionen wie Festen oder Bräuchen äußert (Faus & Steppat 2017: 5).

Es lässt sich also kaum eine Veränderung in der Identifikation und Selbstwahrnehmung der Niedersachsen im Vergleich zu den letzten Jahren feststellen. Ein Grund dafür kann sein, dass Niedersachsen – im Gegensatz zu Ländern wie Bayern oder Sachsen – in der aktuellen geografischen Begrenzung erst seit 1946 existiert und nicht auf eine gemeinsame identitätsbildende Geschichte zurückblickt (Marg et al. 2019: 17).

Die Niedersächs_innen leben gut und gerne in ihren Regionen. Auch wenn sie sich gegenseitig ganz unterschiedlich wahrnehmen, schätzen die Niedersächs_innen teilweise ganz ähnliche Dinge an ihren Wohnorten: Die Städter_innen lieben die kurzen Wege, es sei alles recht zentral und gut dem Fahrrad zu erreichen. Da es sich im Vergleich zu Städten wie Hamburg oder Berlin nach eigener Aussage eher um mittelgroße Städte handle, sei eine gute Balance zwischen Trubel und der Möglichkeit sich zurückziehen gegeben. Trotz Stadtlebens könne man so stressfrei durch den Alltag kommen. Außerdem wird die Nähe zur Natur betont, innerhalb kurzer Zeit sei man von Hannover aus beispielsweise in der Almriede, aber auch rund um Braunschweig gebe es viele Naherholungsgebiete.

Diese positiven Merkmale, die von den Niedersächs_innen mit ihren Städten verbunden werden, haben aber auch ihre Schattenseiten. Beeinflusst durch die (geringe) Stadtgröße werden in Osnabrück beispielsweise Kulturangebote vermisst und ein gewisser Stillstand problematisiert: In Osnabrück bewege sich nichts. Es gehe weder hoch noch runter, Wachstum und Schwund würden sich die Waage halten.

Die Lüneburger_innen haben durch die TV-Serie „Rote Rosen“, die dort seit 2006 gedreht wird und über die Jahre steigende Einschaltquoten verbuchen konnte, noch einmal eine neue Außenperspektive auf ihre Stadt erhalten: Was vorher als selbstverständlich wahrgenommen wurde, wird jetzt durch die vielen Tourist_innen in Folge des Serienhits bewundert. So bekommt etwa die mittelalterliche Altstadt sowie die gotischen Backstein-Giebelhäuser eine neue Bedeutung beigemessen und wird nun mit anderen Augen betrachtet.

Wie charakterisieren sie sich?

Es gibt nicht das eine Niedersachsen, demnach gibt es auch nicht den einen Niedersachsen oder die eine Niedersächs_in. Die Hannoveraner_innen beschreiben sich

beispielsweise als bodenständig und nicht besonders auffällig. Göttingen charakterisiert sich als weltoffene Student_innenstadt, in der man schnell Anschluss finde. Braunschweig definiert sich ebenfalls über die große Universität und sieht sich als stressfreien und entspannten Wohnort. Lüneburg habe zwar einen besonderen Charme, aber hier würden viele leben, die sich die teuren Mieten eben auch leisten könnten, weshalb die Bewohner_innen Lüneburg als eine Stadt der Besserverdienenden bewerten. Die Osnabrücker_innen leben gerne in ihrer Stadt, nehmen sie und sich aber nicht allzu ernst. Osnabrück wird humorvoll als eine Stadt beschrieben, die gerne eine Großstadt wäre, aber eigentlich eine Kleinstadt sei. Dort würden Menschen wohnen, die zwar freundlich, aber auch oft stur und erst einmal argwöhnisch gegenüber dem seien, was sie nicht kennen.

“

*Wir sind eine junge, alternative Stadt mit Charme.
Aber auch eine Stadt der Wohlbetuchten.*
(Lüneburg)

*Wir sind nicht besonders auffällig. Man sagt,
der Hannoveraner ist ein bodenständiger Mensch.*
(Hannover)

*Hier ist alles entspannt, entschleunigt, einfach
und alles gut zu erreichen.*
(Braunschweig)

*Wir sind freundlich, locker und weltoffen.
Hier findet man ratzfatz Anschluss. Aber wir
sind auch ne Studententstadt.*
(Göttingen)

*Man tut so, als ob Osnabrück eine Großstadt
ist, aber es ist eine große Kleinstadt. Die Menschen
sind stur. Ein normales Konzert: Die Besucher gehen
mit, nehmen die Arme hoch, singen. Bei uns ist es
so: Wir stehen und gucken zu.*
(Osnabrück)

*In Ostfriesland sind sehr viele Rentner, Urlauber, die
haben Zeit, gucken sich alles an. Die sitzen auf der
Bank, gucken sich das Leben an und trinken Tee.*
(Nordseeküste)

Auch wenn die unterschiedlichen Standorte in Niedersachsen sich auf den ersten Blick nicht auf gemeinsame Charaktereigenschaften einigen können, so fallen bei allen Teilnehmenden doch ähnliche Attribute der Selbstbeschreibung: Die Niedersächs_innen sind bodenständig, gelassen, entspannt, direkt und messen ihrer geografischen Identität keine allzu große Bedeutung bei.

Zusammenleben funktioniert gut

Der gesellschaftliche Zusammenhalt wird in allen Regionen gelobt, insbesondere die hohe Toleranz und das Miteinander werden geschätzt. Besonders in kleineren Städten wie Lüneburg und Göttingen, aber auch in dem ländlichen Gebiet der Nordseeküste, wird gegenseitige Hilfe großgeschrieben. Ob die Norddeutschen allerdings ein besonders offenes Völkchen sind, darüber streiten sich die Teilnehmer_innen. Die Unterschiede würden nicht nur von den jeweiligen Orten, sondern auch von deren Größe abhängen. An der Küste wird zwar auch von einem freundlichen und hilfsbereiten Miteinander gesprochen, aber aufgrund der Größe herrsche dort eine andere soziale Kontrolle: Die Nachbar_innen wüssten genau über das Treiben jedes Einzelnen Bescheid. Aber auch die Städter_innen sind sich uneins, wie einfach es dort tatsächlich ist, neue Menschen kennenzulernen oder in bestehende Gemeinschaften reinzukommen. Das Fazit lautet: Es ist zwar nicht immer einfach das Herz der Niedersächs_innen zu gewinnen, aber wenn man es geschafft hat, kann man auf sie bauen.

Außerdem wird angemerkt, dass im Norden Deutschlands im Vergleich zu anderen Bundesländern weniger Platz für Fremdenfeindlichkeit sei. Zwar gibt es auch hier unterschiedliche Meinungen dazu, inwiefern die Frage um Migration und Flüchtlingspolitik gelöst werden könne, aber man stehe den Menschen erst einmal offen gegenüber und versuche sie zu integrieren – sofern das Bemühen auf beiden Seiten gesehen werde. Ob Niedersächs_innen tatsächlich weniger Probleme mit Rassismus und Fremdenfeindlichkeit haben, lässt sich durch die Fokusgruppen nicht beantworten. Aber die Wahlergebnisse der letzten Landtagswahlen in Niedersachsen geben zumindest einen Hinweis darauf, dass beispielsweise die AfD hier weniger Anklang als in anderen Bundesländern gefunden hat (die AfD kam bei den letzten Landtagswahlen 2017 auf 6,2 % der Stimmen und zog

somit nur knapp ins Landesparlament ein (Internetauftritt des Lands Niedersachsen)).

In der 2016/17 – also relativ kurz nach der sogenannten „Flüchtlingskrise 2015“ – durchgeführten Niedersachsen-Studie zeigten sich die damaligen Teilnehmenden skeptischer gegenüber Migration und Integration: Mitunter wurden ein Anstieg der Kriminalität, kulturelle Probleme und die Angst vor Terroranschlägen in diesem Zusammenhang genannt. Dennoch zeigten sich die Niedersächs_innen schon damals motiviert und hoffnungsvoll, diese Herausforderungen anzugehen und sind damit wie in 2020 grundsätzlich offen gegenüber Migration (Faus & Steppat 2017: 12 ff.).

“

Gut, toll, ich bringe der Nachbarin etwas vom Einkaufen mit, sie passt auf die Kinder auf.

Es ist gemeinschaftlich.

(Nordseeküste)

Hier darf jeder rumlaufen, wie er oder sie will.

(Göttingen)

Es kriegt jeder mit, wenn etwas passiert, die Stadt ist auch tolerant. Es hat das Dörfliche.

(Lüneburg)

In den letzten Jahren ist es sozialer, internationaler geworden.

(Lüneburg)

Stimmung und Blick in die Zukunft ist eher positiv

Die Stimmung unter den Teilnehmer_innen in Niedersachsen ist eher positiv. Es gibt in jedem Standort der Fokusgruppen zwar Dinge, die weniger gut laufen, aber generell überwiegt ein positiver Blick in die Zukunft.

Um in Niedersachsen, aber auch in Deutschland allgemein zukunftsfähig zu bleiben, müssen laut den Niedersächs_innen folgende Themen dringend angepackt werden: Bezahlbares Wohnen, Ausbau des Nah- und Fernverkehrs und die Wende zu einer ökologischeren

Landwirtschaft sowie nachhaltigen Energieversorgung. Darüber hinaus wurde gerade während der ersten Welle der Corona-Pandemie noch einmal deutlich, wie wichtig die Digitalisierung gerade in ländlichen Regionen ist, um eine Teilhabe am Berufs- und Privatleben zu gewähren.

Dennoch bewerten die Niedersächs_innen ihre Situation mit einem gewohnt pragmatischen Blick und vertrauen darauf, dass diese Herausforderungen zwar eine Kraftanstrengung werden, aber durchaus zu bewältigen sind.



4. Wahrnehmung Politik

Wenig Bezug zur Niedersächsischen Landespolitik

Die aktuelle Landespolitik steht nicht im Fokus der Wahrnehmung der Niedersächs_innen, was auch für die Landesregierung gilt. Das wird jedoch von den Teilnehmenden nicht unbedingt als schlechtes Zeichen gewertet – dies könne nämlich, so einige Teilnehmer_innen, auch so ausgelegt werden, dass die Landesregierung in Ruhe ihrer Arbeit nachgehe und keine großen Skandale produziere. So ist beispielsweise der Ministerpräsident Stephan Weil zwar den meisten bekannt, aber auch er wirkt wenig polarisierend. Einige beschreiben ihn als ruhig, zurückhaltend, zuverlässig und bedacht, andere betonen eher die unprägnante Rolle, die er beispielsweise während der Corona-Runden der Ministerpräsident_innen und der Kanzlerin spielte. Allerdings ist ihnen dieser unaufgeregte Regierungsstil auch gefühlsmäßig näher als beispielsweise die Hyperpräsenz und „laute“ Art eines Markus Söder. Manche Teilnehmer_innen merkten sogar schmunzelnd an, dass diese etwas „dröge“ Art von Stephan Weil dem Charakter der Niedersächs_innen schon recht nah kommen würde.

“

Ich werte das mal als gutes Zeichen, dass man nicht den handfesten Skandal erinnert.

Man weiß nicht Bescheid, das muss nicht schlecht sein.

(Osnabrück)

Hätte Weil was falsch gemacht, hätte man ihn vermutlich mehr wahrgenommen.

(Braunschweig)

Bereits in der Studie von 2017 (Faus & Steppat) zeigte sich eine Distanz zur (Landes-)Politik: In Niedersachsen war nur geringes Wissen über die Landespolitik und kaum Interesse an landespolitischen Vorgängen vorhanden. Teilweise fehlte grundlegendes Wissen darüber, welche Parteien aktuell regierten und welche Personen Minister_innenposten bekleideten (Faus & Steppat: 9 ff.) Dies deckt sich mit den Ergebnissen des Niedersächsischen Demokratie-Monitors: Laut diesem sind die Niedersächs_innen im bundesweiten Vergleich etwas weniger politisch interessiert als die Bürger_innen anderer Bundesländer (Marg et al. 2019: 17). Hinzu kommt als Deutungsmuster in der Covid19-Pandemie noch der Punkt der Überlagerung jeglichen landespolitischen Geschehens durch die bundesweite bzw. weltweite Sonder-situation.

Allerdings wird vor allem im ländlichen Raum die Nähe zu Kommunalpolitiker_innen hervorgehoben und gelobt. Die jeweiligen Ansprechpartner_innen vor Ort werden gekannt und es wird eine gewisse Nähe empfunden: Man wisse, an wen man sich wenden könne, wenn man Probleme in seiner Ortschaft habe und fühle sich gut aufgehoben. Kommunalpolitiker_innen werden als wichtige Instanz vor Ort verstanden, die sich direkt um die Belange der Bürger_innen kümmert. Die Landesregierung wirkt hingegen weit weg und wird nicht als unmittelbar zuständig empfunden.

“

Man hat ein dichtes Netz von Politikern, die sich um die kleine Kundschaft kümmern. Man kann davon halten, was man will, aber das ist ein großer Vorteil. Da verkommt nichts. Das gilt für die soziale und andere Infrastrukturen.
(Nordseeküste)

Es ist kleinformalig aufgestellt. Es gibt einen Ortsbürgermeister, Gemeindevorsteher, Ortsräte, das ist kleinformalig organisiert. Man kann viel darüber spotten, aber es ist wirkungsvoll.
(Nordseeküste)

Die Regionalpolitiker sind stärker in der Wahrnehmung, man identifiziert sich eher damit, als mit jemandem, der zweieinhalb Stunden entfernt ist.
(Nordseeküste)

Aber es herrscht Zufriedenheit mit Management während erster Corona-Welle

Die Norddeutschen sind überwiegend zufrieden mit dem Management der Landesregierung während der ersten Welle der Corona-Pandemie. Stephan Weil und die Landesregierung hätten ruhig und bedacht gehandelt und das Land gut durch die Krise geführt. Der Weg, den die niedersächsische Landesregierung gegangen ist, wird als guter Mittelweg wahrgenommen: Stephan Weil sei nicht so auf Außenwirkung bedacht gewesen, wie beispielsweise der bayerische oder der nordrhein-westfälische Ministerpräsident, sei aber andererseits auch nicht profillos geblieben. Außerdem sei schnell auf die veränderten Umstände eingegangen und die jeweiligen politischen Maßnahmen daraus abgeleitet worden.

“

Wir haben das Mittelmaß.
(Osnabrück)

Niedersachsen hat eine gute Mitte gefunden. Weder zu krass in die eine oder in die andere Richtung. Wir haben uns nicht abgeschottet, waren auch nicht zu nachlässig. Wir haben das mit am besten hinbekommen.
(Braunschweig)

Anders sieht die Bewertung der Politik in Niedersachsen während der Corona-Pandemie im Bereich Bildung aus. Die Familien fühlten sich mit dem „Homeschooling“ des Frühjahrs 2020 teilweise alleine gelassen und verwiesen darauf, dass es sehr auf die einzelnen Lehrer_innen und Schulen ankam, ob der digitale Unterricht funktioniert habe. Ein einheitliches Konzept habe es hier nicht gegeben. Besonders sei das in den Familien aufgefallen, in denen mehrere Kinder schulpflichtig sind, aber unterschiedliche Schulen besuchen.

Insgesamt beklagen Familien, dass ihnen die Unterstützung während dieser Zeit gefehlt habe. Es sei eine Doppel- bis Dreifachbelastung gewesen, sowohl die Kinderbetreuung der Kleineren als auch das „Homeschooling“ der Größeren zu übernehmen und gleichzeitig die eigene Berufstätigkeit im Home-Office zu bewältigen. Hier werden nachhaltigere Konzepte für die Zukunft von der Politik gewünscht, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie (nicht nur) in so einem Ausnahmezustand zu gewährleisten.

“

Es hat gut funktioniert. Wenn es noch einen Lockdown gibt, muss man sich allerdings etwas bei den Familien überlegen, die kann man nicht zwei Monate noch einmal alleine lassen.
(Nordseeküste)

Ich habe auch Familie und Freund im Home-Office, Probleme hatte keiner, höchstens dass auf dem Dorf das Internet nicht so gut ist.
(Lüneburg)

VW-Dieselskandal bleibt Thema

Nach wie vor ist in den Fokusgruppen, vor allem in Hannover und Braunschweig, der VW-Dieselskandal ein großes Thema. Es wird ein härteres Durchgreifen der Politik gegenüber dem Automobilkonzern gewünscht. Die Landesregierung weise den Automobilkonzern nicht genug in die Schranken. Außerdem nehmen die Bürger_innen es der Politik nach wie vor übel, dass die Betroffenen in Deutschland, im Gegensatz zu den USA, nicht entschädigt wurden. Dadurch entsteht der Eindruck, dass Wirtschaft und Politik zu stark miteinander verwoben sind, sich die Politik sogar teilweise der Wirtschaft unterordnet und Lobbyisten die Agenda vorgeben. Einerseits schaffe VW zwar durchaus gut bezahlte Arbeitsplätze und bringe Wohlstand in die Gegend, andererseits wird eine Entwicklung zu mehr Anstellungen über Zeitarbeitsfirmen beobachtet, wofür die Bürger_innen kein Verständnis haben, da VW nach wie vor milliardenschwere Gewinne einfahre.

“

Wenn ich an VW denke, wird mir schlecht, das ist organisiertes Verbrechen.
(Hannover)

Das ist alles Lobby-Arbeit; solange wir VW als quasi zahlende Kraft in Niedersachsen haben, wird sich im Bereich Umwelt- und Klimaschutz nicht viel tun, was in die richtige Richtung geht.
(Osnabrück)

Ich hätte mir strikteres Verhalten gewünscht, zum Beispiel im Rahmen des Abgasskandals hätte man strikter durchgreifen können. Man hat sich mehr Druck auf VW von der Regierung gewünscht. Die war sehr zurückhaltend.
(Braunschweig)

5. Themen

Im Folgenden werden die Ergebnisse zu den sechs Themengebieten Bildung & Familie, Wirtschaft & Arbeit, Infrastruktur & Mobilität, Wohnen, Gesundheit sowie Umweltschutz & Klima dargestellt. Diese Darstellung stellt – wie betont werden muss – keine objektive Einschätzung der tatsächlichen Situation dar, sondern spiegelt die Wahrnehmung der Fokusgruppenteilnehmer_innen wider.

Die wirtschaftliche Lage wird als gut und der Arbeitsmarkt als zufriedenstellend bewertet

Niedersachsen erlebte in den letzten Jahren eine positive wirtschaftliche Entwicklung und dieser Bereich bereitete den Niedersächs_innen in der letzten Studie relativ wenig Sorgen (Faus & Steppat 2017: 20 ff.). Die Wirtschaft wuchs auch bis 2018/19 noch weiter und Einkommen und Verdienste stiegen im Schnitt ebenso an – auch wenn sie im Bundesvergleich noch immer unter dem Durchschnitt lagen (Landesamt für Statistik Niedersachsen 2019: 6). Mit der Corona-Pandemie hat sich das Blatt jedoch gewendet und Niedersachsen verzeichnet einen Wachstumseinbruch in Form der voraussichtlich größten Rezession der Nachkriegszeit.

Dennoch wird die wirtschaftliche Lage von den Fokusgruppenteilnehmer_innen insgesamt als gut und zufriedenstellend bewertet. Gerade Industriestandorte wie Osnabrück und Braunschweig bieten laut den Teilnehmer_innen ein herausragendes Angebot an gut bezahlten Arbeitsplätzen.

Lüneburg kann seit dem TV-Serienhit „Rote Rosen“ stark vom Tourismus profitieren, was als ein zusätzlicher starker Wirtschaftsfaktor wahrgenommen wird. Allerdings gehen mit diesem neuen Ruhm der Stadt auch negative Begleiterscheinungen einher: Die Stadt wird

begehrter, dadurch steigen die (Miet-)Preise und die Touristenströme wirken auf manche Teilnehmer_innen geradezu erschlagend. Der heimelige Charme der Stadt gehe dadurch ein Stückweit verloren.

Eine Ausnahme in der positiven wirtschaftlichen Eigenwahrnehmung ist hier vor allem die Küstenregion. Hier wird die Abwanderung von Akademiker_innen beklagt, weil gute Arbeitsplätze sehr beschränkt vorhanden seien. Wenn keine Anstellung in der Landwirtschaft oder im Handwerk gefunden werde, gebe es dort kaum Möglichkeiten für gut ausgebildete junge Menschen. Auch jüngere Teilnehmer_innen in den Fokusgruppen, die gerne in der Heimat wohnen bleiben würden, sehen deswegen für sich dort keine Zukunft.

“ *Es ist ein guter Wirtschaftsstandort. Es gibt viel Industrie, eine gute Mischung, wichtige Firmen im Umkreis von 50 km, die sich niedergelassen haben.*
(Osnabrück)

Durch die „Roten Rosen“ ist sehr viel Tourismus, wovon die Stadt profitiert.
(Lüneburg)

Wer studieren will, geht raus, kommt nicht wieder. Es gibt eine Abwanderung von Abiturienten, die wirtschaftliche Dynamik ist gering.
(Nordseeküste)

Die Wirtschaft läuft eigentlich relativ gut hier, aber auch durch VW und Zulieferer. Es gibt viele Forschungsunternehmen, den Flughafen, alles Mögliche im Forschungsbereich.
(Braunschweig)

Volkswagen ist ein großer Treiber für die lokale Wirtschaft, insbesondere die niedersächsische Zulieferer-Industrie und somit auch den lokalen Arbeitsmarkt. Der Automobilkonzern wird von den Teilnehmenden auf der einen Seite weiterhin als wichtiger und integraler Bestandteil des Bundeslandes gesehen. Darüber hinaus bietet VW auch weiterhin großes Zukunftspotenzial: Der Konzern könne im positiven Fall eine Vorreiterrolle in der Mobilitätswende einnehmen, auf diese Weise weiterhin die Wirtschaft ankurbeln und gut bezahlte Arbeitsplätze schaffen.

Befürchtet werden aber wie schon angedeutet (s. oben) gleichzeitig eine intransparente Arbeitsweise (Stichwort: Diesel-Skandal) und eine zu starke Orientierung des Konzerns an der eigenen Profitsteigerung, wodurch immer mehr Arbeitsplätze an günstigere Subunternehmen outsourct werden. Zudem wird problematisiert, dass China Deutschland als wichtigen Automobilstandort im Bereich zukunftsweisende Mobilität längst überholt habe.

“*VW zu schützen, den Laden ruhig zu halten, das liegt auch am provinziellen Charakter von Hannover, da wird nichts so heiß gegessen. Die meisten Politiker machen das, Business as usual.*
(Hannover)

VW hat über Jahre einen erheblichen Wohlstand in die Region gebracht, über Jahrzehnte, hohe Gehälter, viele Arbeitsplätze.
(Nordseeküste)

Ich muss auf VW verweisen, der wichtigste Arbeitgeber. Das ist die Grundlage, daran darf nicht gerüttelt werden. Davon hängt vieles ab. Entsprechend ist die Politik ausgerichtet.
(Hannover)

Während der ersten Corona-Welle wurde von den Teilnehmenden außerdem ein Brennglas auf fragilere Bereiche der niedersächsischen Wirtschaft gerichtet: Die Veranstaltungsbranche und der Unterhaltungssektor würden gerade mit massiven finanziellen Verlusten kämpfen und viele Existenzen würden diese Corona-Krise nicht überleben. Deswegen wird gefordert, die Arbeitnehmer_

innen und Selbstständigen aus diesem Sektor finanziell stärker zu unterstützen, um auch dieses ökonomische und vor allem kulturell bedeutende Standbein in Niedersachsen zu schützen.

Wunsch nach mehr ökologischer Landwirtschaft

Umwelt- und Klimaschutz wird in allen Regionen als höchst relevantes Thema eingestuft und als wichtiges Zukunftsthema gesehen. Für viele Teilnehmer_innen sind bei der Landwirtschaft bereits erste Auswirkungen des Klimawandels sichtbar und spürbar. Die Teilnehmer_innen sehen die Landwirt_innen als direkt Betroffene des Klimawandels. Denn Trockenheit, Stürme oder Hochwasser können zu Ernteausschlägen führen. Daher steht für einige fest, dass es (politischen) Handlungsbedarf gibt und Landwirt_innen Unterstützung in der Vorbereitung auf und dem Umgang mit dem Klimawandel brauchen. Ein zentraler Aspekt bei der Landwirtschaft ist die Nutzung von Pestiziden und Herbiziden. Das Mittel Glyphosat ist vielen ein Begriff und seine Schädlichkeit für Mensch und Natur bekannt. Es ist zwar das Verbot solcher Mittel gewünscht, jedoch müsste es hier einheitliche EU-weite Regelungen geben, sodass die Landwirt_innen bei einem Verbot in Deutschland nicht (wirtschaftlich) benachteiligt werden.

“*Es ist wichtig, dass politisch mehr in nachhaltige Themen investiert wird, mehr Bewusstsein geschaffen wird.*
(Lüneburg)

Natürlich unterliegen die Bauern Zwängen, damit sie überleben, das sind Sachzwänge. Das heißt nicht, dass das System in Ordnung ist, dass man Glyphosat beibehalten muss, damit man nichts Schlimmeres nimmt.
(Hannover)

Das Thema Massentierhaltung ist in Niedersachsen aufgrund der zahlreich ansässigen Betriebe ein großes Thema. Dort werden viele Missstände gesehen: Massentierhaltung und Massenschlachtbetriebe könnten nicht nachhaltig und artgerecht sein, Fleisch werde zu billig verkauft und hergestellt. In dem Zusammenhang ist die hohe Nitratbelastung im Grundwasser ein Thema, wovon speziell Niedersachsen durch die ganzen Mastbetriebe stark leidet. Auch an der Küste Niedersachsens, wo es sich primär um Milchwirtschaft handelt, wird das mangelnde Tierwohl kritisiert: Die Kühe würden nicht mehr auf die Weiden geschickt und die Tiere so gezüchtet werden, dass sie lediglich möglichst viel Milch geben und früh sterben.

Massentierhaltung wird fast einstimmig verurteilt, als Gründe für den langsamen Umbau in eine nachhaltigere Landwirtschaft ohne Nutzung von Pflanzenschutzmitteln oder überhöhter Düngung werden die Profitgier und der Wille nach noch größerer Wirtschaftlichkeit der Großbetriebe gesehen. Kleinere landwirtschaftliche Betriebe hingegen, die nachhaltig agieren, hätten kaum eine Chance sich gegen die günstigen Preise zu behaupten und würden aktuell noch zu wenig von der Politik unterstützt. Auch sei es eine Frage des Einkommens, inwiefern es den Teilnehmer_innen möglich ist, sich nachhaltige Produkte zu leisten. Allerdings betont die Mehrheit, dass sie bereit wäre, mehr Geld für hochwertiges Fleisch auszugeben. Insgesamt werden zu wenig Bemühungen sowohl von den Landwirt_innen selbst, als auch seitens der Politik wahrgenommen, die Probleme in den Griff zu bekommen bzw. tatsächlich den Weg in eine nachhaltigere Landwirtschaft zu ebnen, weil dies den wirtschaftlichen Interessen widersprechen würde.

Die Teilnehmer_innen fordern daher für eine zukunftsfähige Landwirtschaft die gezielte Subventionierung von biologischen bzw. kleinen Betrieben in der Land- und Viehwirtschaft und stärkere politische Vorgaben und Richtlinien, gerade bei Groß- und Mastbetrieben.



Wir haben Freunde aus dem Cloppenburger Raum, die haben Mastbetriebe ohne Ende, Nitrat im Wasser. Das ist voll, ein Stall neben dem anderen, man sieht kein einziges Tier draußen, das ist nicht so gut.

(Lüneburg)

Die Massentierhaltung, das ist auch ein Wahnsinn. In der Zeitung steht, die Polizei hat eine Entenfamilie gerettet. Wenn ich mir dann demgegenüber das Elend in den Schlachtbetrieben vor Augen halte, das ist ein Wahnsinn. Man müsste viel strikter vorgehen. Man müsste ‚tabula rasa‘ machen; das wird aber nicht passieren, weil wirtschaftliche Interessen dagegenstehen.

(Hannover)

Auch das Thema Windkraft wird breit diskutiert. Es sei nicht nur eine wichtige Chance für mehr Klimaschutz, sondern auch ein wichtiger wirtschaftlicher Faktor in Niedersachsen. Es wird kritisiert, dass seit Jahren der Neubau von Windkraftanlagen gestoppt wird und die Förderung immer weiter zurückgeht, obwohl die Entwicklung diesbezüglich genau in die andere Richtung gehen müsse.

In diesem Zusammenhang – unter dem Label „Umweltschutz/Klimapolitik“ – ist auch immer wieder VW ein Thema. Auf der einen Seite wird hier ein großes Potenzial gesehen, in nachhaltigere Antriebsarten zu investieren, auf der anderen Seite jedoch nicht wirklich daran geglaubt, dass VW diesen Schritt gehen wird. Auch wird aufgrund wirtschaftlicher Interessen eher davon ausgegangen, dass in Zukunft weiterhin auf den Verkauf von SUVs mit hohem Benzinverbrauch gesetzt wird. Vereinzelt wird sogar vermutet, dass der Ausbau des ÖPNVs in schlechter angebundenen Regionen – und damit die Stärkung von klimafreundlicheren Alternativen zur Nutzung des eigenen Autos – aufgrund der starken Präsenz von VW in Niedersachsen ausgebremst wird. Wieder seien hier wirtschaftliche und politische Interessen zu stark miteinander verwoben. Es wird von der Landesregierung erwartet, sich auch im Bereich Klima- und Umweltschutz stärker gegen den Konzern VW zu behaupten und die richtigen Prioritäten zu setzen.

Günstiges ÖPNV-Angebot und bessere Anbindung zu umliegenden Ortschaften gewünscht

Der öffentliche Personennahverkehr wird in den Städten, vor allem in Hannover, Braunschweig und Osnabrück, als gut ausgebaut empfunden: Es kann alles schnell erreicht werden. In Göttingen wird darüber hinaus die Einführung des Expressbusses ins Umland lobend erwähnt.

Probleme gibt es dann, wenn die Teilnehmer_innen sich außerhalb des Stadtkerns bewegen und die umliegenden Ortschaften erreichen möchten. Dort sei man weiterhin auf ein Auto angewiesen, weil die Abfahrtszeiten der öffentlichen Verkehrsmittel oft sehr unregelmäßig seien und dadurch lange Wartezeiten herrschen würden. Im Vergleich zum Auto müsse man die doppelte Fahrzeit einrechnen, um zum Beispiel morgens zur Arbeit zu kommen – und selbst dann sei ein pünktliches Eintreffen nicht gesichert.

Gerade die Küstenregion klagt über ein nicht vorhandenes Netz im Nah- und Fernverkehr. Um Abhilfe zu schaffen, werden die Bürger_innen selber aktiv und richten sogenannte Mitfahrbänke ein. Das soll die Möglichkeit bieten, von vorbeifahrenden Autos mitgenommen zu werden – wird allerdings nur vereinzelt auch angenommen. Neben dem eigenen Auto sind das Mofa oder der Roller die beliebtesten Verkehrsmittel, nicht zuletzt auch aus Mangel an Alternativen.

“Osnabrück ist nicht schlecht erschlossen mit ÖPNV. Ich kann überall mit dem Bus fahren, auch wenn ich mal umsteigen muss. Es ist nicht so verkehrt.”
(Osnabrück)

Bei uns fährt viermal am Tag ein Bus. Ich wäre zwei Stunden unterwegs, würde über eineinhalb Stunden zu spät kommen, weil zu der Zeit keine Busse fahren.
(Lüneburg)

Zu teuer, ÖPNV auf dem Land gibt es nicht, nur Schülerbeförderung.
(Osnabrück)

Ich war auch mal Schüler. Man hat frei, muss drei Stunden auf den Bus warten. Man muss immer warten.
(Nordseeküste)

Worüber sich alle Regionen beklagen, sind die hohen Preise für den ÖPNV. Selbst wenn das Nahverkehrsnetz gut ausgebaut wäre, würde es sich teilweise finanziell eher lohnen, das Auto zu nehmen. Es gibt eine breite Forderung die Preise zu senken, um den Umstieg vom Auto auf den Nahverkehr voranzutreiben bzw. überhaupt erst zu ermöglichen. Ideen wie das 365-Euro-Ticket kommen vor allem in den Städten sehr gut an und würden die eigene Motivation stärken, tatsächlich das Auto stehen zu lassen (als 365-Euro-Ticket wird im ÖPNV eine Zeitkarte bezeichnet, die es ermöglicht zum Preis von umgerechnet einem Euro pro Tag uneingeschränkt in einem bestimmten Gebiet zu fahren). Die (unzureichende) Infrastruktur des ÖPNV wurde bereits 2016/17 kritisiert: Es fehlte an Strecken, kurzen Fahrzeit-Intervallen und günstigen Preisen im ÖPNV (Faus & Steppat 2017: 22 f.).

“Man würde es nutzen, wenn es günstiger ist.”
(Lüneburg)

Was mir aufgefallen ist, die Preise sind sehr unattraktiv. Ich bin 20 € los, nach Leer und zurück. In Rostock bin ich den ganzen Tag für 80 Cent gefahren, in Berlin 6 € für den ganzen Tag, hier kostet eine Strecke so viel.
(Nordseeküste)

Das Angebot muss preislich attraktiver werden.
(Braunschweig)

Nicht nur Göttingen eilt der Ruf der Fahrradstadt voraus – 2019 wurde sie erneut vom ADFC zur fahrradfreundlichsten Stadt Deutschland gekürt – auch die anderen Teilnehmer_innen beschreiben ihre Städte als potenzielle Zweiradstädte: Die Wege seien kurz und man sei schneller als mit dem Auto oder dem ÖPNV. Allerdings sind die Grundvoraussetzungen nicht überall gegeben: In Osnabrück wird eine schlechte Fahrradinfrastruktur beklagt. Die Verkehrsführung für Fahrradfahrer_innen sei planlos und katastrophal, dadurch mache das Fahrradfahren keinen Spaß und sei teilweise sogar gefährlich.

Versorgung und Netzabdeckung auf dem Land schwierig

Die Internetabdeckung wird in den Städten als gut ausgebaut empfunden, es werden kaum Probleme beklagt. Das verändert sich, sobald man sich in den Speckgürtel oder den ländlicheren Raum bewegt. Dort komme es zu größeren Empfangsproblemen sowie zu langsamen Internetanschlüssen. Teilnehmer_innen berichten, dass teilweise auch der Anschluss ans Glasfasernetz in ausgewiesenen Neubaugebieten verpasst wurde, obwohl dieser zugesichert wurde. Der Anschluss an eine schnelle Internetverbindung ist aber gerade in Zeiten von Home-Office ein wichtiger Faktor der gesellschaftlichen Partizipation und Voraussetzung, um am Arbeitsleben teilnehmen zu können.

Gerade im Norden und Westen des Bundeslandes gibt es laut einer Studie zu regionalen Disparitäten teilweise noch Verbesserungsbedarf in der digitalen Infrastruktur in Niedersachsen. Zwar würden keine großen Lücken in der Internetabdeckung existieren, aber dennoch gebe es dort nur eine deutschlandweit durchschnittliche Abdeckung (Demary, Obermüller & Puls 2019: 222).

Auf dem Land gibt es Klagen über fehlende Einkaufsmöglichkeiten, um die Grundversorgung zu sichern. Man sei teilweise gezwungen, 30 Kilometer in den nächsten Ort zu fahren, um sich mit Lebensmitteln versorgen zu können. Die Vermutung ist, dass sich die Lage noch mehr zuspitzt, weil bereits jetzt viele Einzelhändler_innen ihre Geschäfte schließen würden, weil es sich für sie finanziell schlicht nicht mehr rentiere. Begrüßt werden daher Initiativen, die im ländlichen Raum Einkaufsmöglichkeiten oder auch kleine Cafés schaffen wollen.

Die Corona-bedingte Lockdown-Zeit im Frühjahr 2020 und der damit einhergehende eingeschränkte Bewegungsradius haben außerdem dazu geführt, mehr regionale Lebensmittel im Dorfladen oder direkt bei den Landwirt_innen in der Nähe zu kaufen, was als persönlichere Art des Einkaufens empfunden wird.

Beklagt wird in den Städten weniger eine fehlende Infrastruktur, als der zunehmend fehlende Charme der Einkaufsmeilen in den Innenstädten. Der dort ansässige Einzelhandel sowie die Gastronomie würden mehrheitlich nur noch aus großen Handelsketten bestehen und

die kleineren inhabergeführten Geschäfte zunehmend verschwinden. Die Atmosphäre in den Innenstädten wird als kalt, steril und ungemütlich beschrieben. Durch fehlende Sitzmöglichkeiten werden die Bewohner_innen darüber hinaus auch nicht zum Verweilen in der Innenstadt oder einzelnen Vierteln eingeladen, was auf Unverständnis stößt, schließlich würden doch gerade Begegnungen im öffentlichen Raum ein gutes Zusammenleben ausmachen.

Die Befürchtungen sind vor allem an die Zukunftsperspektiven der Städte gebunden: Die Teilnehmer_innen haben Angst, dass aufgrund der steigenden Mieten auch die letzten kleinen Geschäfte schließen und durch den immer stärker wachsenden Online-Handel die Innenstädte von noch mehr Leerstand betroffen sein werden und schließlich zu Geisterstädten mutieren.

“ Was mich nervt, dass wir so viele große Einkaufsmeilen haben. Das braucht kein Mensch. Ich frage mich, wie die sich halten. Eine Fressbude neben der anderen, kein interessanter Laden. Ich finde es sehr nervig. Es ist zu viel, zu glatt, zu grade, nichts Schönes, keine Bank dazwischen. Man hätte es besser umsetzen können, etwas persönlicher. Es ist nur steril, ein steriler Gang, den man entlangläuft.

(Hannover)

Es gab so viele schöne, kleine Geschäfte, die Osnabrück ausgemacht haben. Deswegen kamen die Leute zu uns. Jetzt gibt es fast nur noch Ketten. Die große Straße ist nichtssagend, es lockt keinen nach Osnabrück.

(Osnabrück)

Je ländlicher die Region, desto schlechter die Gesundheitsversorgung

Im Bereich der Gesundheitsversorgung tun sich große Unterschiede zwischen den unterschiedlichen Regionen auf. Auch hier ist der Gap zwischen Stadt und Land entscheidend: je ländlicher die Region, desto schlechter die Versorgung. Teilweise fehle es komplett an einer ärztlichen Grundversorgung. So klagt eine Mutter an der

Nordseeküste, dass sie keinen Kinderarzt für ihren Nachwuchs habe. Selbst bei Hausärzt_innen sei die Versorgung auf dem Land nicht gegeben, es fehle an Nachfolger_innen für die noch bestehenden Praxen. Die Entwicklung wird mit großer Sorge beobachtet. Bei Fachärzt_innen gebe es ebenfalls keine Auswahl und die Wartezeiten seien unzumutbar.

Ein neueres und fortschreitendes Problem besteht zudem in der Zentralisierung von Krankenhäusern: Als positiv könnte man bei diesem Vorhaben, laut den ländlichen Bewohner_innen, zwar die Zusammenlegung von Kompetenzen sehen, allerdings überwiegen die offensichtlichen Nachteile. Die Anzahl der Krankenhäuser minimiere sich dadurch in der ländlichen Region, wodurch eine schnelle Versorgung schwieriger werde. Die Zentralkliniken seien schlichtweg schlecht zu erreichen und die Patient_innen müssten lange Wege auf sich nehmen.

“

Katastrophal, ich habe keinen Kinderarzt. In Schortens gibt es einen Kinderarzt, ich stehe seit vier Jahren auf der Warteliste. Die U-Untersuchungen macht der Hausarzt, der ist schon scheintot. Wenn er nicht mehr da ist, haben wir keinen Arzt mehr.
(Nordseeküste)

Es passiert eine Abwanderung, keine Nachfolge, Ärzte müssen mit 80, 85 Jahren noch arbeiten, damit sie die Leute nicht im Stich lassen.
(Nordseeküste)

In den Städten ist die Versorgung mit Hausärzt_innen gesichert, auch wenn zum Beispiel in Hannover teilweise ein Aufnahmestopp beklagt wird, wodurch die Suche nach einem geeigneten Hausarzt bzw. einer Hausärztin in der direkten Wohnumgebung erschwert werde. Bei der Suche nach Fachärzt_innen ist die Lage in der Stadt zwar deutlich besser als in der ländlichen Umgebung, aber es sei teilweise sehr schwer dort einen Termin zu bekommen und dieser sei mit sehr langen Wartezeiten verknüpft.

Vergleicht man Niedersachsen mit dem Rest Deutschlands, fällt auf, dass in Niedersachsen eine vergleichsweise niedrige Ärzt_innendichte vorherrscht. Wirft man zudem einen Blick auf die Altersstruktur der Ärzt_innen, so wird sich die schlechte Versorgungslage wahrscheinlich innerhalb der nächsten Jahre weiter verschärfen. Viele Ärzt_innen stehen kurz vor dem Ruhestand, ohne dass eine ausreichende Nachfolge gewährleistet ist (Kirchhoff & Pimpertz 2019: S253). Defizite werden demnach auch in der Niedersachsen-Studie 2017 in der Ärzt_innenversorgung auf dem Land, insbesondere in Ostriesland, festgestellt. Bemühungen der Landespolitik hier Veränderungen zu erwirken, wurden nicht wahrgenommen (Faus & Steppat 2017: 22). Es ist darüber hinaus anzunehmen, dass sich durch die demografischen Veränderungen in der Bevölkerung diese Situation weiter verschärft, da insbesondere ältere Menschen mehr medizinische Versorgung benötigen.

Bei der Bewertung der Krankenhäuser werden größere Unterschiede innerhalb der Städte deutlich: Während die Teilnehmenden aus Göttingen, Hannover und Osnabrück eine gute Qualität und Erreichbarkeit bezeugen, sind die Reaktionen in Braunschweig und Lüneburg verhaltener. Hier werden lange Wartezeiten beklagt.

Abbildung 4: **Übersicht gesundheitliche Versorgung Niedersachsen**

	Göttingen	Lüneburg	Braunschweig	Hannover	Osnabrück	Nordseeküste
Hausärzte	(sehr) gute Versorgung	ausreichende Grundversorgung	(sehr) gute Versorgung	teilweise Aufnahmestopp	gute Versorgung	Unzufrieden – Versorgung ist minimal
Fachärzte	sehr schwer (teils/teils) – lange Wartezeiten	lange Wartezeiten			gute Versorgung	kein Auswahlangebot: Abwanderung von Ärzt_innen
Krankenhäuser	sehr gute Qualität und Notfallversorgung	Qualität ist ok, zu lange Wartezeiten, auch in der Notfallambulanz	teilweise lange Wartezeiten	(sehr) gute Erreichbarkeit und Qualität		Zu wenig Krankenhäuser Zentralklinik schwer zu erreichen

“*Den Facharzt findet man, aber mit Wartezeit. Mir hat man letztlich einen Termin in vier Monaten gegeben. Das kann es nicht sein. Das Problem gibt es überall.*
(Osnabrück)

Bei Fachärzten ist es schwierig. Beim Radiologen habe ich fast fünf Monate gewartet, beim Hautarzt auch, beim Hausarzt ist es nicht so ein Problem.
(Hannover)

“*Verglichen mit anderen Großstädten ist es okay.*
(Hannover)

Wenn man eine junge Familie ist und möchte ein freistehendes Haus, dann ist es sehr schwierig, das zu bekommen.
(Osnabrück)

Bezahlbarer Wohnraum wird zunehmend zum Problem

Ein großes Thema in den Fokusgruppen ist bezahlbarer Wohnraum. Auch wenn die Teilnehmenden zu bedenken geben, dass die Preise in Großstädten wie Berlin, Hamburg oder München rasanter steigen und der Wohnraum dort noch schneller knapp werden würde, würden sich ähnliche Entwicklungen auch in Hannover oder Braunschweig beobachten lassen. Für die steigenden Mieten und den Mangel an Sozialwohnungen werden private Investoren verantwortlich gemacht, diese

würden die Preise in die Höhe treiben. Damit einhergehe das Versagen der Politik, welche jahrelang verpasst habe, bezahlbaren Wohnraum für ihre Bürger_innen zu bewahren oder zu schaffen.

In Göttingen und Lüneburg wird zwar gesehen, dass der Bau von Student_innenwohnungen, Mehrfamilienhäusern und Sozialwohnungen zunimmt, um schnell viel Wohnraum zu schaffen, aber die Teilnehmer_innen haben trotzdem das Gefühl, dass die Mittelschicht außer Acht gelassen wird. Geräumigere Wohnungen oder Einfamilienhäuser zur Gründung einer Familie seien Mangelware oder unbezahlbar. Die Mietpreise für Drei- bis Vierzimmerwohnungen seien für viele schlicht nicht stemmbar.



Göttingen ist einer der Standorte in Niedersachsen mit der höchsten Mieterhöhungsrage.

(Göttingen)

Mehr sozialer Wohnungsbau müsste betrieben werden, bezahlbarer Wohnraum für Familien.

(Lüneburg)

Die Mietpreisbremse wird oft ausgehebelt, indem die Leute renovieren, die Nebenkosten erhöhen.

Es wird schnell etwas modernisiert, was nicht notwendig ist.

(Lüneburg)

In den ländlichen Regionen, um Leer und der Nordseeküste ist der Wohnungsmarkt noch entspannt. Es wird beobachtet, dass zunehmend Eigentum gebaut wird, weil die Grundstückspreise noch verhältnismäßig günstig sind. Allerdings fehlt es hier an Mietobjekten, die meisten Angebote sind nur zum Kauf ausgeschrieben.



Der Trend ist da, dass man sich niederlässt und Häuser baut. Alle wollen hier bauen.

(Nordseeküste)

Aber es gibt tolle Wohnungen hier. Ich komme aus dem Rhein-Main-Gebiet, da habe ich für ein WG-Zimmer so viel gezahlt wie jetzt für eine Drei-Zimmer-Wohnung.

(Nordseeküste)

Ein Blick in die Zukunft erweckt bei allen Niedersächs_innen Sorgen: In 5–10 Jahren könnte sich die Situation auf dem Immobilienmarkt weiter zugespitzt haben, Wohnen könnte dann unbezahlbar werden. Das befürchten auch diejenigen, die im ländlichen Raum bis dato noch nicht von derartigen Problemen betroffen sind.

Größter Kritikpunkt beim Thema Bildung: Fehlende Lehrmittelfreiheit

Die Kritik der Niedersächs_innen am Bildungssystem konzentriert sich eher auf grundsätzliche bundesweit anzutreffende Phänomene und weniger auf landesspezifische Probleme: Die Umstellung von G9 auf G8 an den Schulen (die viele Bundesländer durchlaufen haben) und nun der Weg zurück wird als „nervig“ bewertet. Viele Entscheidungen würden von der Politik unüberlegt getroffen. Auch das Bachelor-/Mastersystem an den Universitäten stößt teilweise auf Kritik. Die Kritik betrifft hier vor allem die starke Verschulung der Studiengänge, es wird beklagt, dass es sich nur noch um „stumpfes Auswendiglernen“ handle und dadurch nur noch wenig Raum für kritisches Denken sei.

Niedersachsen wird bildungstechnisch im Bundesländervergleich im Mittelfeld verortet. Das Bildungsangebot sei durchschnittlich und „in Ordnung“, löst also weder Begeisterung aus, noch ist eine tiefe Frustration bei den Teilnehmer_innen zu spüren. Vereinzelt wird auch angemerkt, dass das Bildungsniveau in Niedersachsen gar nicht unbedingt schlechter sei als in anderen Bundesländern, aber zum Beispiel Bayern sich im Vergleich einfach sehr gut vermarkte. Außerdem wird im Zentralabitur eine schrittweise Angleichung zwischen den Ländern gesehen, sodass die Unterschiede gar nicht so frapierend sein könnten, wie immer dargestellt werde.



Wir sind im Mittelfeld, aber nicht so schlecht, wie wir uns fühlen.

(Osnabrück)

Es ist durchschnittlich, nicht das Herausragendste, nicht das Schlechteste.

(Nordseeküste)

Einer der Gründe, warum die Kinder nicht in Bremen ihren Schulabschluss machen, sondern in Niedersachsen, ist, dass der dann wenigstens ein bisschen Wert hat.

(Nordseeküste)

Die regionalen Unterschiede bei der Wahrnehmung der Bildung sind gering. Allerdings zeigen sich extreme Unterschiede zwischen den einzelnen Schulen hinsichtlich der Ausstattung und des Lehrpersonals. Teilweise wird von maroden Zuständen der Gebäude berichtet, auf der anderen Seite wird das breite Angebot an unterschiedlichen Schulen gelobt. Festmachen an einzelnen Regionen lassen sich die Unterschiede nicht. Insgesamt wird jedoch gefordert, mehr Geld in die Bildung zu stecken, um die Differenzen zwischen den Schulen zu überwinden und einen guten Standard für das gesamte Bundesland zu etablieren. Zu einem ähnlichen Schluss kam auch die Studie aus 2016/17, die meisten Niedersächs_innen sahen schon damals im Bereich Bildung Verbesserungsbedarf (Faus & Steppat 2017: 18 ff.).

“ *In der Stadt und im Landkreis Aurich ist das Schulangebot attraktiv. Es gibt alle Formen von Schulen, auch eine Waldorfschule. Gymnasialangebote sind fast überall vorhanden, das ist gut.*
(Nordseeküste)

Ich finde es faszinierend, was es für Unterschiede gibt. Unsere Vorzeige-IGS ist die GSS. Das ist eine Vorzeigeschule. Der Sohn meiner Freundin geht aber auf die GS Südstadt. Das Gebäude bricht halb zusammen.
(Hannover)

Größter Kritikpunkt, der geäußert wird, ist die fehlende Lehrmittelfreiheit. Es wird kritisiert, dass bei mehreren schulpflichtigen Kindern große Kosten auf die Eltern zukommen würden. Zusätzlich könnten die Geschwisterkinder oftmals die Bücher der Älteren nicht weiter nutzen, weil sie verpflichtet seien, die neueste Auflage zu kaufen.

“ *Lehrmittelfreiheit, wir haben die nicht. Wir haben einen riesigen Batzen an Schulbüchern, der mehrere Hundert Euro kostet, was dann alles in die Tonne am Ende des Schuljahres kommt. Ich kann die Bücher nicht mehr unter den Kindern weitergeben, weil jedes Kind eine neue Auflage bekommt. Es ist viel Papier und verdammt viel Geld.*
(Nordseeküste)

Es wird zu wenig investiert in Niedersachsen in die Schule. Es fließt zu wenig Geld in Bildung.
(Lüneburg)

Die unterschiedliche Ausstattung und Lehrkompetenz zwischen den einzelnen Schulen zeigen sich nach Meinung der Teilnehmenden während der Corona-Pandemie besonders stark bei dem Thema Digitalisierung. Es gebe weder ein Gesamtkonzept des Bundeslandes, das gleiche Chancen für alle Kinder ermögliche, noch sei überall die Infrastruktur vorhanden, um die Kinder im Home-Schooling unterstützen zu können. Eine Lehramtsstudentin berichtet, dass es in den meisten Schulen nicht einmal W-Lan gebe, geschweige denn Whiteboards oder Tablets für die Schüler_innen. Alle sind sich einig, dass mehr Geld in Bildung investiert werden muss, um die Unterschiede zwischen den Schulen zu minimieren und allen Schüler_innen die gleichen Grundvoraussetzungen bieten zu können.

Sich später einmal in unserer digitalisierten Gesellschaft, in der die Anforderungen sich ständig wandeln, zurecht zu finden und an ihr partizipieren zu können, hänge fundamental mit den individuellen, digitalen Kompetenzen zusammen. Schule komme daher eine zentrale Rolle zu, diese erforderlichen Kompetenzen zu vermitteln (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2020: 231). Es brauche jedoch eine landesweite gute technischer Infrastruktur, qualifiziertes und motiviertes Personal, kompetente Wartung der Geräte und die Unterstützung der Schüler_innen (Autorengruppe Bildungsberichter-

stattung 2020: 232 f.). Deutschlandweit fehle es jedoch an technischer Infrastruktur und qualifiziertem Personal an weiterführenden Schulen (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2020: 240 f.). Niedersachsen scheint hier keine Ausnahme zu sein. Insbesondere vor dem Hintergrund der Covid-19-Pandemie traten die Herausforderungen bei Digitalisierung und Bildung deutlich hervor.

“*Es steht und fällt mit der Schule. Digitalisierung ist ein Problem. Es gibt Lehrer, die stellen moderierte Videos online, andere wissen nicht, wie man eine E-Mail schreibt.*
(Osnabrück)

Die Universitäten in Niedersachsen werden hingegen gelobt. Vor allem die Universitäten in Braunschweig, Lüneburg und Göttingen werden aufgrund ihrer breiten Auswahl der Studiengänge und der Qualität der Lehre geschätzt. Darüber hinaus würden sie ebenfalls die Stadt beleben und hätten einen verjüngenden und internationalisierenden Effekt auf die Stadt, was durchgehend positiv bewertet wird.

“*Ich mache ein duales Studium. Früher habe ich an der Leuphana studiert, das liegt auch sehr gut. Es ist eine junge, moderne Universität, es wird viel gemacht, nachhaltige Studiengänge.*
(Lüneburg)

5. Fazit

Insgesamt eher positives Bild, aber es gibt noch Luft nach oben für die Zukunft von Niedersachsen

Die Niedersächs_innen zeichnen ein insgesamt eher positives Bild von ihrem Bundesland, sie leben gerne in Niedersachsen. Auch wenn sie sich nicht konkret mit ihrem Bundesland verbunden fühlen, verfügen sie über eine starke (sub-)regionale Identität. Das Zusammenleben funktioniert gut und es wird von einem vorwiegend freundlichen und hilfsbereiten Miteinander berichtet – auch wenn es wohl nicht immer einfach ist, bei den Norddeutschen einen Fuß in die Tür zu bekommen.

Mit ihrer Landespolitik sind die Teilnehmer_innen der Fokusgruppen überwiegend zufrieden. Insbesondere leitete diese ruhig und bedacht durch die erste Phase der Corona-Krise. Insgesamt fällt auf, dass die Niedersächs_innen sich und ihr Bundesland häufig im Mittelfeld positionieren – im Vergleich zu den anderen Bundesländern sehen sie sich weder als Vorreiter, bilden aber auch nie das Schlusslicht. Die Niedersächs_innen haben häufig das Gefühl, einen ruhigen „Mittelweg“ gefunden zu haben, wie zum Beispiel während der ersten Phase der Corona-Krise. Gleichzeitig impliziert dies aber auch, dass es bei vielen in der Studie angesprochenen Themengebieten Entwicklungspotenzial nach oben gibt.

Es besteht eindeutiger Bedarf an politischen Konzepten, um sich den folgenden Herausforderungen der kommenden Jahre und Jahrzehnte zu stellen und Problemlösungen für die Zukunft Niedersachsens zu entwickeln:

- Wie kann das Bildungssystem zukünftig so aufgestellt werden, dass alle Kinder die gleichen Voraussetzungen beim Lernen bekommen? Wie kann ein einheitliches Konzept für alle Schulen aussehen, sodass Unterschiede zwischen den Schulen verringert werden?
- Wie kann in Niedersachsen auch unter den Rahmenbedingungen des 21. Jahrhunderts Industrie erhalten bleiben? Wie können bei großen Konzernen wie VW mehr soziale und klimafreundliche Kriterien Verbindlichkeit finden und welche Rolle kann hier die Landespolitik spielen?
- Wie kann klimafreundliche Mobilität im Flächenland Niedersachsen funktionieren?
- Wie kann man sicherstellen, dass Wohnen in manchen Gegenden nicht zum Luxusgut wird, während andere Gegenden aussterben?
- Wie kann eine gute gesundheitliche Versorgung in ländlichen Regionen aufrecht erhalten werden?
- Was kann auf lokaler und regionaler Ebene getan werden, um den Klimawandel zu stoppen? Wie kann eine konkrete klimafreundliche Umstellung der vielen landwirtschaftlichen Betriebe in Niedersachsen gestaltet werden?

Die Menschen erwarten sich von der Landespolitik mehr als die bisherigen Antworten. Sie erwarten innovative Ideen, wie diesen Herausforderungen begegnet werden kann.

Gerade ländlichere Regionen haben Angst abgehängt zu werden

In der Studie zeigt sich, dass nicht nur die regionalen Unterschiede ein relevantes Thema für die Menschen in Niedersachsen sind, sondern ein Großteil der Probleme auf die Disparitäten zwischen dem städtischen und dem ländlichen Lebensraum zurückzuführen sind:

- Neben wirtschaftlich starken Regionen gibt es auch Regionen, die mit einem schwachen Arbeitsmarktangebot zu kämpfen haben, Akademiker_innen ziehen von dort weg, weil sie keine Stellen finden.
- In urbanen Gegenden ist die Infrastruktur gut ausgebaut, in vielen ländlicheren Gebieten mangelt es aber an öffentlichen Verkehrsangeboten, Einkaufsmöglichkeiten und einem guten digitalen Ausbau.
- In wirtschaftlich starken Ballungszentren werden die Wohnungspreise mit Sorge beobachtet, was in ländlichen Regionen noch kein Problem darstellt. In diesen Gegenden bereitet eher die schwindende Infrastruktur und die damit einhergehende Landflucht Sorgen.
- Die Gesundheitsversorgung wird in ländlichen Regionen heute schon als problematisch empfunden, eine Verschärfung des Ärzt_innenmangels wird befürchtet.

Gerade in den ländlichen Regionen wird sich mehr Unterstützung gewünscht, damit dort auch weiterhin ein lebenswertes Leben möglich ist und die Lebensverhältnisse zwischen Stadt und Land zukünftig nicht noch weiter auseinanderklaffen. Eine Aufwertung der ländlichen Umgebung kann auch positive Effekte auf die zunehmend aus allen Nähten platzenden Städte haben und den Wohnungsmarkt dort deutlich entspannen.

Es ist Aufgabe der Politik, die Unterschiede zwischen Stadt-Land zu verringern

Neben einer intakten Infrastruktur, bestehend aus einem funktionierenden Verkehrs- und Kommunikationsnetz, sowie der Möglichkeit die täglichen Bedürfnisse decken zu können, wird die Forderung nach einer umfassende-

ren Gesundheitsversorgung auf dem Land laut. Den Menschen ist dabei durchaus bewusst, dass das Leben in der Stadt immer Unterschiede zum Leben auf dem Land vorweist und beide Lebensweisen Ihre Vor- und Nachteile besitzen. Daher wird auch nicht die totale Beseitigung der strukturellen Unterschiede erwartet, dennoch muss eine ausreichende Versorgung mit grundlegender Infrastruktur selbst in ländlichen Gebieten gewährleistet sein und die Stadt darf kein Ort nur für wenige Vermögende sein. Hier werden von der Politik innovative Konzepte erwartet, das Stadt-Land-Gefälle zu verringern.

Große Defizite zeigen sich im Bereich der Digitalisierung: Denn die Möglichkeit eines Zugangs zu schnellem Internet gehört heutzutage für die Menschen dazu, um Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sowie der Arbeit und Schule haben zu können – das hat sich gerade in der ersten Phase der Corona-Krise deutlich gezeigt.

Zunehmende regionale Unterschiede machen regionale Ansprache notwendig

Die großen regionalen Unterschiede erfordern nicht nur bei den Politikhalten einen regionalen Fokus, sondern auch bei Angeboten der politischen Kommunikation und der politischen Bildung. Politische und gesellschaftliche Akteur_innen müssen sich darauf einstellen, dass sich die Unterschiede in den Lebensrealitäten der Menschen in Niedersachsen noch weiter verschärfen werden. Wie die Studie zeigt, gibt es Menschen, die sich von der Landespolitik distanziert fühlen und keinen Bezug zu ihr haben. Sie sehen weniger sich in der Hol- als die Politiker_innen in der Bringschuld. Um zunächst einen ersten Bezug zur Landespolitik aufzubauen, sollten die Leute deshalb dort abgeholt werden, wo sie gerade sind. Das bedeutet zum Beispiel, dass Angebote etwa zur politischen Bildung regional angeboten werden sollten, um nicht nur die Städter_innen zu erreichen.

Außerdem hat die Themenwahl eine große Relevanz: Je nachdem mit welchen Problemfeldern die Menschen vor Ort konfrontiert werden, haben andere Themen eine andere Wichtigkeit für sie. Die Verhinderung des zunehmenden Wegzugs von Akademiker_innen und die Schaffung von zukunftsfähigen Arbeitsplätzen hat in der Region um die Nordsee große Bedeutung, in den Städ-

ten um Hannover und Braunschweig ist dies dagegen kaum ein Problem. Dennoch gibt es auch Gemeinsamkeiten: Auch in Hannover und Braunschweig ist die Zukunft von gut bezahlten Arbeitsplätzen ein Sorgen-thema. Es sind zwar (noch) genug Stellen durch die ansässige Industrie und begleitende Dienstleistungen vorhanden, aber es ist fraglich, ob dies unter den Bedingungen der Digitalisierung der Arbeitswelt und der nötigen klimagerechten Transformation der Industrie so bleiben wird.

Für die politische Kommunikation und politische Bildung sind zwar Präsenzveranstaltungen wichtig, auch um einen informellen Austausch zu fördern. Gleichzeitig werden digitale Formate immer bedeutender. Hier muss gerade auf dem Land die Voraussetzung zu einer digitalen Teilhabe geschaffen werden. Dieses Problem wurde gerade während der Studienphase deutlich: Einzelne Teilnehmer_innen hatten immer wieder Probleme bei der Teilnahme an einer Videokonferenz und konnten sich mangels stabilen Netzes nur telefonisch zuschalten. An dieser Stelle gibt es also großen Handlungsbedarf die Lebensrealitäten der unterschiedlichen Regionen Niedersachsens anzugleichen.

Literaturverzeichnis

- Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2020): Bildung in Deutschland 2020. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Bildung in einer digitalisierten Welt, wbv Publikation, Bielefeld.
- Albers, P. (2006): Die Niedersachsen suchen ihre Identität, in: Die Welt, 05.09.2006. Abrufbar unter: <https://www.welt.de/print-welt/article150254/Die-Niedersachsen-suchen-ihre-Identitaet.html> [16.11.2020]
- Demary, V.; Obermüller, F.; Puls, T. (2019): Infrastruktur als Rückgrat von Regionen, in: Hüther, M.; Südekum, J.; Voigtländer, M. (Hrsg.): Die Zukunft der Regionen in Deutschland. Zwischen Vielfalt und Gleichwertigkeit, IW-Studien – Schriften zur Wirtschaftspolitik aus dem Institut der deutschen Wirtschaft, Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Köln, S. 209–232.
- Eberhardt, F. (2019): Langfristig sinkende Bevölkerungszahl und Fortsetzung der Alterung in Niedersachsen zu erwarten, Statistische Monatshefte Niedersachsen 9/2019., Landesamt für Statistik Niedersachsen, Hannover.
- Faus, J.; Steppat, S. (2017): Niedersachsen: Land mit Zukunft. Eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung Landesbüro Niedersachsen. Hannover: Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro Niedersachsen.
- Fink, P.; Hennicke, M.; & Tiemann, H. (2019a): Ungleiches Deutschland. Sozioökonomischer Disparitätenbericht 2019. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Fink, P.; Hennicke, M. & Tiemann, H. (2019b): Ungleiches Deutschland. Sozioökonomischer Disparitätenbericht 2019. Datenauszug. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Finkbeiner, F.; Trittel, K.; Geiges, L. (2019): Rechtsradikalismus in Niedersachsen. Entwicklungen und lokaler Umgang, transcript Verlag, Bielefeld.
- Internetauftritt des Landes Niedersachsen: Der demografische Wandel in Niedersachsen. Abrufbar unter: https://www.niedersachsen.de/startseite/themen/demografie_und_regionalentwicklung/dynamisches_niedersachsen/demografie_niedersachsen/demografischer-wandel-in-niedersachsen-146677.html [27.11.2020]
- Internetauftritt des Landes Niedersachsen: Der niedersächsische Landtag. Abrufbar unter: https://www.niedersachsen.de/politik_staat/landtag/der-niedersaechsische-landtag-19983.html [27.11.2020]
- Kirchhoff, J.; Pimpertz, J (2019): Ärztliche Versorgung in den Regionen, in: Hüther, M.; Südekum, J.; Voigtländer, M. (Hrsg.): Die Zukunft der Regionen in Deutschland. Zwischen Vielfalt und Gleichwertigkeit, IW-Studien – Schriften zur Wirtschaftspolitik aus dem Institut der deutschen Wirtschaft, Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Köln, S. 251–263.
- Landesamt für Statistik Niedersachsen (2019): Niedersachsen-Monitor, Landesamt für Statistik Niedersachsen, Hannover.
- Marg, S.; Finkbeiner, F.; Kühnel, S.; Dermitzaki, E. (2019): Niedersächsischer Demokratie-Monitor, Fo-DEX-Studie (2/2019), Forschungs- und Dokumentationsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremismen am Institut für Demokratieforschung Georg-August-Universität, Göttingen.

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1	Auswahl der Standorte	5
Abbildung 2	Relevante Indikatoren der Standorte	6
Abbildung 3	Übersicht Sozialdemografie Teilnehmer_innen	6
Abbildung 4	Übersicht gesundheitliche Versorgung Niedersachsen	20



ISBN: 978-3-96250-772-5